

ment zur Integration ukrainischer Studierender und Forschender massiv auszubauen“, forderte DAAD-Präsident Joybrato Mukherjee bereits am 18. März angesichts der zu erwartenden Flüchtlingsströme.

Auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat für Geflüchtete aus der Ukraine auf einer Webseite Hilfe zu Fragen rund um Schule, Ausbildung, Studium, Arbeit und Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse in Deutschland gebündelt.

Die Entwicklungen im Ukraine-Krieg vertiefen derweil die Verwerfungen mit Russland, die sich auf alle Bereiche und Ebenen erstrecken. Das Europäische Kernforschungszentrum CERN hat am 8. März die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation und der Republik Belarus weitestgehend ausgesetzt und am 25. März auf das Joint Institute for Nuclear Research (JINR) in Dubna ausgeweitet.

Am 8. April entzog das russische Justizministerium 13 namhaften internationalen Organisationen in Russland die Registrierung, sodass diese faktisch nicht mehr ihrer Arbeit nachgehen können. Unter den Organisationen sind neben Amnesty International und Human Rights Watch auch alle deutschen politischen Stiftungen und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Dies führte zu einer entschiedenen Erklärung des deutschen

Außenministeriums: „Die rücksichtslose Unterdrückung abweichender Meinungen innerhalb Russlands ist das Spiegelbild der Aggression des russischen Regimes nach außen.“ Die DFG hatte bereits am 8. März erklärt, ihre Aktivitäten im Rahmen der deutsch-russischen Kooperation ruhen zu lassen, wobei die Finanzierung deutscher Projektteile durch die DFG weiter gewährleistet bleibe.

Führende deutsche Plasmaphysiker appellieren mit einem offenen Brief an die russischen Wissenschaftler:innen, „einzusehen, dass der Krieg inakzeptabel ist.“ Er sei durch nichts zu rechtfertigen. Stattdessen sollten alle offenen Fragen durch faire Verhandlungen gelöst werden.

Mittlerweile 205 Trägerinnen und Träger des Nobelpreises (Stand: 12. April), 49 davon aus der Physik, haben eine Solidaritätserklärung an die Ukraine unterzeichnet. Darin weisen sie darauf hin, dass die unter Führung Putins gestartete militärische Aggression „an den berühmten Angriff Nazi-Deutschlands auf Polen im Jahr 1939 (mit ähnlichen Tricks der vorgetäuschten Provokation) und auf die Sowjetunion im Jahr 1941 erinnert“.

Das wissenschaftliche Komitee des Ukrainischen Nationalen Rates für Wissenschaft und Technologische Entwicklung spricht in einer Erklärung zum russischen Angriff von einem „beispiellosen Staatsterroris-

mus“, mit dem Russland versuche, die Ukraine als unabhängigen Staat, als Nation, zu zerstören. In einem Appell vom 31. März wendet sich das Komitee an die Europäische Kommission und bittet darum, „dringend systematische Förderprogramme einzurichten, die speziell auf die Beteiligung ukrainischer Forscher ausgerichtet sind.“ Man kann nur weiterhin auf eine politische Lösung des Konflikts hoffen.

Alexander Pawlak

Hilfsangebote und Erklärungen

Nationale Akademische Kontaktstelle Ukraine des DAAD: www.daad-ukraine.org/de

Bundesministerium des Inneren: www.germany4ukraine.de

Bundesministerium für Bildung und Forschung: bit.ly/3LXuVs7

Maßnahmen der DPG: bit.ly/3uzysa4

CERN: bit.ly/3jtZJED (25.3.)

Offener Brief deutscher Plasmaphysiker: scientists-against-war.org (6.3.)

Nobel Laureate Support for Ukraine: nlcampaigns.org/ukraine.html (seit 1.3.)

National Council of Ukraine for Science and Technology Development: bit.ly/3rjQuve (19.3.) und bit.ly/303fb93 (31.3.)

Hat die Vorlesung ausgedient?

Eine Studie des Hochschulforums Digitalisierung geht der Frage nach, wie sich Lehre und Studium durch die Corona-Pandemie verändert haben und wie sie zukünftig aussehen könnten.

Zwei Jahre Corona-Pandemie haben an den Hochschulen ihre Spuren hinterlassen. Um diese Veränderungen genauer unter die Lupe zu nehmen, hat das Hochschulforum Digitalisierung dazu die Hochschulleitungen bundesweit befragt.¹⁾ Im Fokus stand, wie die gesammelten Erfahrungen der letzten beiden Jahre zu zukünftigen Konzepten für Lehre und Studium beitragen können. An der Befragung nahmen 126 Hochschulen teil.

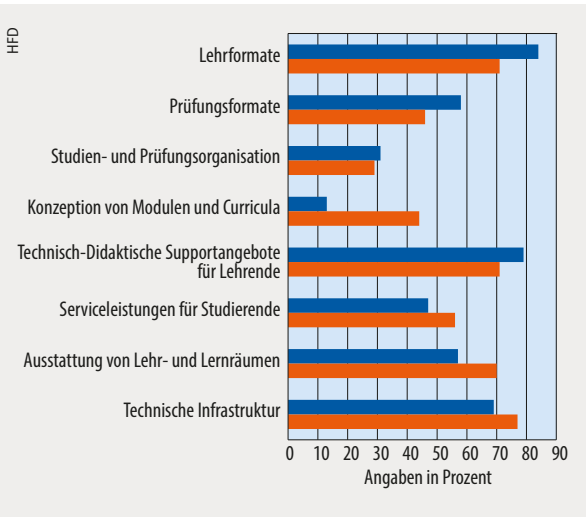
Pandemiebedingt haben sich vor allem die Lehrformate verändert.

84 Prozent der Hochschulen gaben an, dass es dort umfassende oder grundlegende Veränderungen gegeben habe, gefolgt von Veränderungen bei den technisch-didaktischen Supportangeboten und der technischen Infrastruktur. Am wenigsten betroffen war die Konzeption von Modulen und Curricula. Hier stuften nur 13 Prozent der befragten Hochschulleitungen die Veränderungen als umfassend bzw. grundlegend ein.

Beim Vergleich der Situation vor der Pandemie und heute zeigt sich,

dass die meisten Lehrformate wie Präsenz- oder Onlinelehre sowie Mischformen schon vorher vorhanden waren. Ihre Gewichtung hat sich aber deutlich verändert. Vor der Pandemie betrug der Anteil der reinen Präsenzlehre durchschnittlich 85 Prozent, heute macht sie nur noch rund 59 Prozent aus. Dafür ist der Anteil der reinen Onlinelehre von rund 7 auf knapp 18 Prozent gestiegen und

1) Mehr unter bit.ly/3vdETIH



Die befragten Hochschulen gaben an, welche Bereiche sich während der Pandemie umfassend oder grundlegend verändert hatten (blau) und in welchen Bereichen diese Veränderungen weiter vorangetrieben werden sollen oder Neuentwicklungen geplant sind (orange).

Mischformen von 8 auf 23 Prozent. Andere digitale Maßnahmen wurden an vielen Hochschulen bereits vor der Pandemie auf den Weg gebracht, wie die Nutzung von sogenannten OER-Portalen (Open Educational Resour-

ces), die den Studierenden Materialien zur Verfügung stellen, sowie die Entwicklung digitaler und mediendidaktischer Kompetenzen. Fast alle Hochschulen wollen diese Entwicklungen auch in Zukunft nutzen. Zu den etablierten digitalen Instrumenten gehören auch Lernplattformen, die 78 Prozent der befragten Hochschulen künftig weiter nutzen wollen. Für 66 Prozent sind Videokonferenzen ein fester Bestandteil geworden.

Bei anderen Instrumenten ist der zukünftige Einsatz eher fraglich. Hierzu zählen simulationsgestütztes Lernen, Vorlesungsaufzeichnungen oder Inverted bzw. Flipped Classrooms. Dabei eignen sich die Studierenden die Inhalte selbst mithilfe digital zur Verfügung gestellter Materialien an. Die Präsenzveranstaltung dient zur Diskussion und Vertiefung. Pandemiebedingte Veränderungen im Bereich der Prüfungsformate wollen viele Hochschulen ebenfalls eher nicht fortführen.

Im Hinblick auf neue Lernräume wie die Einrichtung von Gruppenarbeitsplätzen, Selbstlernflächen und

Orten zur Begegnung und Kommunikation wurden die meisten Entwicklungen bereits vor der Pandemie angestoßen. Nur die technische Ausstattung von Lehrräumen mit Videokonferenzsystemen wurde im Zuge der Pandemie deutlich verstärkt. Auch der Ausbau der technischen Infrastruktur wurde weitgehend bereits vor der Pandemie auf den Weg gebracht und wird weiter fortgeführt.

Bei der Umsetzung der digitalen Formate zeigt sich, dass Hochschulen mit einem Fächerschwerpunkt auf Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften einen Entwicklungsvorsprung gegenüber Hochschulen mit einem anderen Profil haben.

Als ein Fazit hält die Studie fest: „Es gibt in der aktuellen Situation eine Veränderungsbereitschaft in der Hochschullehre, die vor der Pandemie vermutlich die wenigsten für möglich gehalten haben.“

Anja Hauck

Presserat weist Beschwerde zurück

Der BILD-Artikel „Die Lockdown-Macher“ ist presseethisch zulässig.

Der Deutsche Presserat hat die Beschwerden über den Artikel „Die Lockdown-Macher“ bei BILD und BILD.DE als unbegründet zurückgewiesen.¹⁾ Der Bericht, der Porträtfotos von drei führenden Wissenschaftlern mit Corona-Maßnahmen als „Weihnachtsgeschenken“ zeigte, verstößt nicht gegen den Pressekodex.²⁾

Die von der Redaktion vorgenommene Bezeichnung der drei Expert:innen als „Lockdown-Macher“ habe einen Tatsachekern und verletze daher nicht die journalistische Sorgfaltspflicht nach Ziffer 2 des Pressekodex, stellte der Beschwerdeausschuss fest. Der Einfluss der genannten Wissenschaftler:innen auf politische Entscheidungen über Corona-Maßnahmen lasse sich belegen. Die Bezeichnung „Die Lockdown-Macher“ ist daher eine zulässige Zuspitzung, die von der Meinungsfreiheit gedeckt sei.

Die Mitglieder des Presserats kamen mehrheitlich zu dem Schluss, dass auch die Darstellung der drei Wissenschaftler nebeneinander im Porträt zulässig ist und nicht das Ansehen der Presse nach Ziffer 1 des Pressekodex beschädigt. Durch ihre Auftritte in den Medien während der Corona-Pandemie haben sich die Experten selbst in die Öffentlichkeit begeben und müssen es hinnehmen, auch persönlich kritisiert zu werden, wertete der Ausschuss.

Auch wenn 94 Beschwerden beim Presserat abgewiesen wurden, sah sich BILD genötigt, in den Dialog mit der Wissenschaft zu treten und eine Podiumsdiskussion zu veranstalten. Ulrich-Bleyer, DPG-Vorstandsmitglied für Öffentlichkeitsarbeit, und Lutz Schröter, damals DPG-Präsident und nun Vizepräsident, nahmen im Januar deutlich Stellung gegen die BILD-Berichterstattung. Angesichts

der Begründung des Presserats weisen sie aber darauf hin, dass BILD für seine Berichterstattung 2021 den Rekord von 26 Missbilligungen des Presserats erreicht habe. „Das bedeutet offenbar 26-mal Berichte ohne jeden Tatsachekern, Diffamierung von Menschen, die sich vollkommen unvorbereitet bloßgestellt sehen mussten“, betonen Bleyer und Schröter und fordern: „Der ‚Tatsachekern‘ reicht uns nicht. Polarisierung und Skandalisierung, das sind einfach nicht die Methoden der Wissenschaftskommunikation. BILD hat vielleicht die Auflage, wir haben die Fakten, und wir bleiben dabei.“

Presserat / DPG / Alexander Pawlak

1) Physik Journal, Januar 2022, S. 6 und März 2022, S. 16
 2) Zum Pressekodex: www.presserat.de/pressekodex.html
 3) Physik Journal, Januar 2022, S. 3